



Interviews

Datum: 25. Juni 2024

Tino Sorge im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun Tino Sorge (CDU), Bundestagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, gesundheitspolitischer Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion. Guten Morgen!

Tino Sorge: Guten Morgen! – Hallo!

Küpper: Herr Sorge, die Idee, die sich der Kanzler nun zu eigen gemacht hat, Aufarbeitung bei Bürgerräten, das lehnen Sie ab. Warum?

Sorge: Im Grunde ist das ja wieder so eine Nebelkerze. Man muss ja sagen, ein Bürgerrat ist eine interessante Veranstaltung, aber ist in keinsten Weise demokratisch legitimiert. Und was wir sehen, ist ja schon, dass seit fast zwei Jahren die Ampel darüber diskutiert, ob man aufarbeitet, wie man aufarbeitet, dann in welcher Form, und es ist schon ein bisschen skurril, wenn jetzt der Kanzler sagt, er kann sich einen Bürgerrat vorstellen, aber sein Koalitionspartner, die FDP sagt, wir wollen eine Enquete-Kommission. Da wäre es eher angebracht zu sagen, man setzt sich mit denen zusammen, die damals auch die Entscheidungen getroffen haben, mit vielen Experten zusätzlich, und schaut, was man für zukünftige Pandemien besser machen kann, anstatt jetzt so eine formaljuristische Debatte zu betreiben, was denn in welcher Form möglicherweise sinnvoll wäre.

Küpper: Wie würden Sie das Gremium nennen?

Sorge: Im Grunde haben wir ja immer gesagt, es geht darum, dass man jetzt kein Tribunal veranstaltet und sagt, was hätte man mit der heutigen Sicht damals besser machen können. Die Experten, die im Nachhinein immer sagen können, was man vorher hätte besser machen können, die gibt es ja zuhauf. Es geht jetzt eher darum zu sagen, wir brauchen auch ein demokratisch legitimiertes Gremium. Das wäre in dem Fall tatsächlich auch das Parlament, Parlamentarier im Rahmen der Bund-Länder-Kommission, die wir vorgeschlagen haben – erstens, weil man die relativ schnell einsetzen kann. Sie sehen ja das Gezerre, ob Enquete-Kommission oder Bürgerrat, wie lang das dauert. Man hätte viele am Tisch, die auch für zukünftige Pandemien möglicherweise Verantwortung tragen, und vor allen Dingen hat man

dann nicht so ein Konstrukt, dass man das auf die lange Bank schiebt, so wie Olaf Scholz das jetzt versucht mit dem Bürgerrat. Im Grunde ist das ja ein Gremium, was völlig zusammengewürfelt ist, keinerlei demokratische Legitimation hat und auch in der Sache nicht zwingend Expertise mitbringt.

Küpper: Ich kann Ihnen was entgegenhalten. Die Medizin-Ethikerin und ehemalige Vorsitzende des Ethik-Rates, Alena Buyx von der Technischen Universität in München, die sagt, ein Bürgerrat kann individuellen Erfahrungen, die alle ihren Wert haben, stellvertretend Raum geben. So wird sie heute in der FAZ zitiert. Ist das nicht ein Argument?

Sorge: Ich bin da manchmal ein bisschen überrascht, weil Frau Buyx auch in den letzten Monaten immer mal eine Volte vollzogen hat. Ich fände es gut, wenn man zwar darüber spricht, aber dann irgendwann zu einem Ergebnis kommt, und es gibt viele Möglichkeiten, wie man so was auch nach außen aufarbeiten kann. Aber es geht ja auch um eine demokratische, um eine politische Aufarbeitung, und politische Aufarbeitung heißt nicht, dass man ein Gremium hat, Stichwort Bürgerrat, wo man ja völlig frei Leute zusammenwürfelt, ohne jetzt auch auf die jeweilige Expertise zu schauen, was zum Schluss dann stehen soll. Im Grunde ist das nett gemeint, aber in der Sache nicht wirklich zielführend.

Küpper: Aber geschieht nicht eine demokratische Aufarbeitung ohnehin an der Wahlurne? Es stellt sich vielmehr die Frage: Was soll da aufgearbeitet werden? Geht es um Würdigung des Vergangenen, oder geht es um Lehren für die Zukunft?

Sorge: Es geht um das eine und auch um das andere und letztendlich muss man sagen, das was Joshua Kimmich in Ihrem Einspieler gesagt hat, das ist für die Zukunft schon ein Punkt, den man viel stärker berücksichtigen muss, dass man nicht wieder dieses Spiel der Schuldzuweisung betreibt - wir hatten ja immer die Diskussion, bist du dafür oder gegen die Impfung, bist du Team Freiheit oder Team Vorsicht -, dass man erst mal eine Stigmatisierung derjenigen vornimmt, die aus berechtigten Gründen sagen, sie sehen das ein bisschen anders, und da ist es wichtig für die Zukunft, dass wir auch in vielen anderen Bereichen, Stichwort Schulschließungen, psychosoziale Verwerfungen, was machen Pandemien und bestimmte Maßnahmen mit der Gesellschaft, breiter diskutiert und sich nicht nur auf eine Richtung verlässt und alle anderen, die das ein bisschen anders sehen, in eine Ecke stellt. Das möchte ich persönlich auch nicht mehr haben.

Küpper: Wo sehen Sie den größten Nachholbedarf? Es gibt zum einen diese ganzen Maßnahmen, die Diskussionen dort auch, auch kommen jetzt neue Urteile über Corona-

Maskengeschäfte, da geht es um potenzielle Nachzahlungen. Das sind ja harte Punkte. Auf der anderen Seite gibt es ein Diskursklima hier im Land. Würden Sie das einteilen zwischen vor und nach Corona? Wie merken Sie das?

Sorge: Mir wäre wichtig, oder darum geht es auch in der Sache, dass man da mit einer gewissen Entspanntheit herangeht, nicht, dass man einerseits diejenigen hat, die jetzt sagen, wir haben es euch doch schon immer gesagt. Mit dem Wissen von heute ist es immer einfach zu sagen, was man damals hätte anders oder besser machen können.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.